

II-4052 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2081/J

1991-12-04

D R I N G L I C H E A N F R A G E

der Abgeordneten Haller, Mag. Praxmarer
an die Frau Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend die Situation der österreichischen Familien

Am Höhepunkt des Wohlstands in unserem Staat ist vielen der rund 1,2 Mio Familien mit Kindern ein Mithalten mit dem Lebensstandard verwehrt. Wir sind in tiefer Besorgnis darüber, daß sich die Tendenz "Kinder bedeuten sozialen Abstieg - mehr Kinder Armut" seit 1984 besonders verstärkt hat. Wenn man die Einkommensentwicklung betrachtet, so kann man der österreichischen Familienpolitik und den Sozialpartnern den Vorwurf nicht ersparen, versagt zu haben. Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Frau Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie die nachstehende

D r i n g l i c h e A n f r a g e :

1. Im Budgetausschuß Familie wurden Sie, Frau Bundesministerin, von Ihren Kolleginnen und Kollegen für Ihre "Erfolge" in der Familienpolitik gerühmt. Besonders erwähnt wurde, daß es Ihnen gelungen sei, eine neuerliche Zweckentfremdung der Gelder des FLAF zu verhindern. Sind es tatsächlich Erfolge in Anbetracht der Tatsache, daß Sie als Bundesministerin verantwortlich sind für die Gelder des Fonds bzw. für ihre ausschließliche Verwendung für die österreichischen Familien?
2. Wo liegen Ihre Erfolge, wenn man bedenkt, daß sich heute nach Hochrechnung der Ziffern des Familienberichtes 89 bereits 70 Prozent der Arbeiterfamilien mit 3 und mehr Kindern im Armutsbereich befinden?

3. Welche Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der österreichischen Familien sind konkret von Ihnen geplant?
4. Im Budgetausschuß Familie haben Sie zwar eine Erhöhung des Familienzuschlages angeregt, Ihnen ist aber gleichzeitig auch bewußt, daß bei der derzeitigen Administration der Familienzuschlag nicht angenommen wird. Diese Ankündigung bedeutet eine Weiterführung der konzeptlosen familienfeindlichen Politik. Ist Ihnen bewußt Frau Bundesministerin, daß der Familienzuschlag nicht angenommen wird, weil er in der derzeitigen Form die Familien zu Bittstellern degradiert?
5. Wo sind die Erfolge der österreichischen Familienpolitik, wenn laut einer Arbeiterkammerstudie Anfang 91 die Schuldensumme eines österreichischen Haushalts durchschnittlich 250.000 Schilling beträgt. Je größer die Familie ist, desto größer ist die Verschuldung. Je jöher die Kinderanzahl ist, desto schwieriger gestalten sich die Rückzahlungen. Diese finanzielle Not wird von den Betroffenen besonders im Umkreis des allgemeinen Wohlstandes als äußerst bedrückend und demütigend empfunden.
 - a) Diese Verschuldung der österreichischen Familien entsteht schon durch die Hausstandsgründung. Welche Maßnahmen haben Sie bisher in Ihrem Ressort gesetzt, um dieser Entwicklung entgegenzusteuern?
 - b) Wie stehen Sie persönlich zur Schaffung von begünstigten Darlehen bei Familiengründung?
6. Ist Ihnen bewußt Frau Bundesministerin, daß die völlig verfehlte Familienpolitik der großen Koalition es zustande gebracht hat, dem österreichischen Bürger eine Entscheidung zwischen einer Familie mit Kindern oder Lebensqualität aufzuzwingen?
7. Auf diese politisch beeinflussbare Voraussetzung der nicht mehr gegebenen Wahlfreiheit bezüglich der Kinderzahl reagiert der Österreicher mit rückläufigen Geburtenzahlen. Die Geburtenrate von 1,4 Kindern pro Frau liegt bereits

unter dem mitteleuropäischen Durchschnitt. Mehr Kinder würden über den Generationenvertrag unser Pensionssystem sichern und eine Rückzahlung der Staatsschulden gewährleisten.

a) Welche Maßnahmen sind konkret geplant, die Bereitschaft der Österreicher "zum Kind" in Zukunft zu verbessern?

8. Das österreichische Steuersystem ist familienfeindlich. Derzeit zahlt ein "Single" gleich viel Steuern als der Erhalter einer fünfköpfigen Familie. Nach unserem Rechtsempfinden stellt dies eine verfassungswidrige Diskriminierung kinderreicher Familien mit steuerrechtlichen Mitteln dar. Wie stehen Sie zum Wahlversprechen vom 26.9.1990 des damaligen Vizekanzlers Riegler, im Rahmen der zweiten Etappe der Steuerreform, die Steuern mit einem Entlastungsvolumen von 20 bis 30 Mrd. Schilling abzusenken und diese Absenkung den Familien zukommen zu lassen? Werden Sie sich dafür einsetzen?

9. Sie selbst fordern in einer Presseaussendung von 19.4.91 eine Staffelung der Familienbeihilfen nach Kinderzahl. Am 24.9. kündigten Sie die Einführung eines durchschaubaren Staffelsystems an.

a) Wie schaut Ihr Modell dieses Staffelsystems aus?

b) Welche Gewichtung haben Sie diesem System zugrunde gelegt?

c) Ab wann soll es wirksam werden?

d) Sollen diese Maßnahmen aus dem FLAF finanziert werden?

e) Wenn Sie tatsächlich die Einführung eines Staffelsystems beabsichtigen, warum haben Sie für 1992 wiederum einer ideologisch bedingten linearen Erhöhung zugestimmt und diese budgetiert?

10. Ist Ihnen bewußt, Frau Bundesministerin, daß durch das Niedrighalten der Familienbeihilfe scheinbare Überschüsse im FLAF entstehen, die bisher noch jeden Finanzminister zur zweckwidrigen Verwendung verleitet haben?

11. Auch für das kommende Budget ist durch die vollständige Finanzierung des zweiten Karenzjahres eine Zweckentfremdung der Gelder der österreichischen Familien geplant.

- a) Soll diese Maßnahme nach Ihrem Dafürhalten nur einmalig oder eine Dauereinrichtung sein?
- b) Wie soll Ihre angekündigte Neuordnung des FLAF aussehen?
- c) Welche Überlegungen haben Sie angestellt, die Schulbuchaktion zu verbessern?
- d) Aufgrund welcher Unterlagen wollen Sie den Grundbetrag und den Steigerungsbetrag für besonders förderungswürdige Familien ermitteln?
- e) Warum fordern Sie - entgegen dem einstimmigen Beschluß des familienpolitischen Beirates auf Erhöhung der Familienbeihilfe um 200 Schilling - für 1992 nur eine Erhöhung um 100 Schilling?
- f) Welche Überlegungen haben Sie bezüglich der Finanzierung der Lehrlingsfreifahrten bereits angestellt?
- g) Warum haben Sie zu den Beratungen über die geplanten Änderungen im FLAG nicht rechtzeitig den familienpolitischen Beirat einberufen?

12. Welche flankierenden Maßnahmen werden Sie auf Bundesebene ergreifen, um eine Hebung des Stellenwertes von Mehrkindfamilien im Sinne einer Umkehr des Wertewandels zu erreichen?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner vor Eingang in die Tagesordnung Gelegenheit zur Begründung zu geben.

Wien, den 4. Dezember 1991